

1652/J

der Abgeordneten Dr. Haider
und Kollegen
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend harter Schilling - weicher Euro .

Nachdem am Gipfel der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union im Dezember 1995 in Madrid der Europäische Rat bekräftigte, daß die dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion entsprechend den Konvergenzkriterien, dem Zeitplan, den Protokollen und Verfahren, die im Vertrag von Maastricht festgelegt sind, am 1. Jänner 1999 beginnen soll und auch der Name der europäischen Währung, Euro, beschlossen wurde, ist der Euro ein zentrales Thema und sorgt für heftige Diskussionen und Auseinandersetzungen.

Zum einen werden die entsprechenden Vorbereitungen für die Einführung der gemeinsamen Währung, die Dr. Breuss als das "größte monetäre Experiment der Wirtschaftsgeschichte" bezeichnete, in den EU-Gremien mit Nachdruck vorangetrieben, wobei sich immer mehr herausstellt, daß es über wesentliche Fragen, wie z.B. Verhältnis zwischen Teilnehmer und Nichtteilnehmer, Einhaltung der Konvergenzkriterien nach Eintritt in die 3. Stufe der WWU etc., bislang keine politische Einigung und Sicherheit gibt. Zum anderen nehmen angesichts der dramatisch hohen Arbeitslosigkeit (EU-weit sind rd. 18 Millionen Menschen ohne Arbeit), angesichts des hohen Konsolidierungsbedarfs der jeweiligen nationalen Budgets und vor dem Hintergrund einer abgebremsten Konjunktur die Skepsis und Kritik am Fahrplan zur Einführung des Euro ständig zu. Der Bevölkerung wird immer bewußter, daß durch die zum Teil „Euro-bedingten“ drastischen budgetären Maßnahmen (Stichwort: Belastungspakete) und den strikten Sparkurs der öffentlichen Hand mit dem Ziel, die fiskalischen Konvergenzkriterien auf Biegen und Brechen zu erfüllen, die ohnehin hohe Arbeitslosigkeit zunehmen und es zu einem weiteren Sozialabbau kommen wird. Die jüngsten Streiks in Frankreich und anderen EU-Mitgliedsstaaten müßten ein warnendes Beispiel für den Unmut in der Bevölkerung sein.

Ungeachtet der negativen Stimmung in der Bevölkerung (in Österreich lehnen lt. Umfragen 43 % den Euro ab, 61 % der Deutschen sehen der EWU mit Befürchtung entgegen) und ungeachtet der Sorgen der Bürgerinnen und Bürger, daß nämlich die Einführung des Euro das Gespenst der Geldentwertung der Nachkriegszeit wieder heraufbeschwört, werden die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union beim Gipfel in Dublin wesentliche Entscheidungen hinsichtlich des sog. EWS II und vor allem hinsichtlich des Stabilitätspakts treffen, durchaus sinnvolle Forderungen, wie Einbeziehung der Arbeitslosigkeit als zusätzliches Kriterium (Europäischer Gewerkschaftspräsident Verzetsnitsch), oder eine allfällige Verschiebung der EWU allerdings elegant umschiffen.

Doch gerade in der Frage der Stabilität des Euro ist, wie jüngste Aussagen von Bundeskanzler Dr. Vranitzky und Finanzminister Mag. Klima zeigen, ein fauler politischer Kompromiß zu befürchten, der bisherigen Versprechungen der Bundesregierung diametral gegenübersteht. Die österreichische Bundesregierung, allen voran der Bundeskanzler, hat bislang stets versichert, daß "der Euro so hart sein muß wie der Schilling" (News, 50/96) und daß "das neue Geld in Österreich nur eingeführt werde, wenn es dem Schilling gleichwertig ist" (WirtschaftsWoche 51/1996). Nunmehr zeichnet sich jedoch ab, daß diese verbalen Beruhigungsspuren, die der österreichischen Bevölkerung immer wieder aufgetischt werden, nicht mit dem Verhalten der österreichischen Regierungsmitglieder auf europäischer Ebene im Einklang stehen. Wäre es nämlich der österreichischen Bundesregierung hinsichtlich der Stabilität des Euro wirklich ernst, dann müßte sie sich auf die Seite Deutschlands stellen und für einen möglichst straff geschnürten Stabilitätspakt, den Frankreich in dieser Form ablehnt, eintreten.

Doch sowohl Bundeskanzler Dr. Vranitzky als auch Finanzminister Mag. Klima lehnen den

von Deutschland geforderten Strafautomatismus ab und plädieren für eine politische Entscheidung nach Überprüfung eines Verstoßes gegen die Maastricht-Kriterien (APA, 12.12.1996), was bedeutet, daß Stabilisierungsmaßnahmen ins Ermessen des EU-Rates gestellt werden, mit der Folge und Gefahr, daß es "lange politische Verhandlungen gibt, die zu nichts führen" (Univ.Prof. Dr. Felderer) oder zu einem Tauschgeschäft werden und den Euro tendenziell weicher machen dürften.

Abgesehen von der Tatsache, daß die nunmehr von der österreichischen Regierung vertretene gemäßigte Stabilitätspolitik und die Diskussion um den angemessenen Härtegrad des Euro - den einzelnen österreichischen Wirtschaftszweigen vielleicht zugute kommen könnte- ist es politisch unredlich und gegenüber der österreichischen Bevölkerung absolut nicht vertretbar, daß die Spalten der österreichischen Regierung auf EU-Ebene „einer Politik das Wort reden, die tendenziell geeignet ist, den Euro letztlich ein bissel weicher ausfallen zu lassen, als der Schilling derzeit ist - und gleichzeitig der besorgten Bevölkerung vollmundig versprechen, daß genau dies nicht passieren wird", wie Ortner in der WirtschaftsWoche (51/1996) treffend kritisierte.

Diese Vorgangsweise paßt genau zum bisherigen Verhalten der Bundesregierung bei der Aufklärung der Bevölkerung über die Vor- und Nachteile eines allfälligen Eintritts Österreichs in die 3. Stufe der WWU. Nicht objektive und sachliche Information wird geboten, sondern der Bevölkerung wird eine Werbekampagne über die Europäische Währungsunion vorgesetzt, die „allen gesellschaftlichen Ebenen die Vorteile der WWU klarmachen und die Folgen eines eventuellen Nichtbeitritts verdeutlichen" soll, wie Bundeskanzler Dr. Vranitzky am 21. November 1996 in einer Pressekonferenz ankündigte, und Finanzminister Mag. Klima sekundierte, indem er meinte, daß es bis zur Einführung des Euro in Österreich darum geht, „gegen die emotionellen Widerstände der Bevölkerung eine Kampagne zu fahren, um sie überzeugen zu können" (OTS097, 22.11.1996). Diese Ankündigungen und Absichten seitens der Bundesregierung zeigen einmal mehr, daß das fehlende Vertrauen der Finanzmärkte in die geplante EWU, vor allem aber die mangelnde Zustimmung der Bevölkerung durch billige Werbung (Stichwort: Ederer-Tausender) wettgemacht werden soll. Eine entsprechende Glaubwürdigkeit und die notwendige Legitimation, die wesentliche Voraussetzungen und Grundbedingungen für einen erfolgreichen Start der EWU wären, können nicht durch eine Werbekampagne erreicht werden. Vielmehr erscheint vor einer derart weitreichenden Entscheidung, nämlich der Ablösung des österreichischen Schillings durch eine gemeinsame europäische Währung, den Euro, die Zustimmung der österreichischen Bevölkerung, die im Rahmen einer Volksabstimmung zum Ausdruck gebracht wird, unbedingt notwendig.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Finanzen nachstehende

D R I N G L I C H E A N F R A G E :

1. Durch welche Maßnahmen wird sichergestellt, daß der Euro genauso hart sein wird wie der österreichische Schilling?

2. Werden Sie einen tendenziell weicheren Euro befürworten?
. Wenn ja, warum?
. Wenn nein, warum nicht?

3. Treten Sie hinsichtlich des von Deutschland vorgeschlagenen Stabilitätspakts für einen Automatismus von Sanktionen bei Verstößen gegen die Maastricht-Stabilitätskriterien ein?
. Wenn nein, aus welchen Gründen nicht?

4. Welche Konvergenzkriterien wird Österreich 1997 voraussichtlich erfüllen und welche wird es nicht erfüllen?

5. Wird der österreichische Vertreter im Rat dafür eintreten, daß die Konvergenzkriterien durch eine politische Entscheidung weiter ausgelegt werden, damit eine möglichst große Zahl der EU-Mitgliedsstaaten von Beginn an an der 3. Stufe der WWU teilnehmen können?

. Wenn ja, welche Kriterien können Ihrer Meinung nach um wieviel aufgeweicht werden?

6. Treten Sie, wie ua. vom Präsidenten des EGB, Verzetnitsch, gefordert, für die Aufnahme der Beschäftigung als zusätzliches Konvergenzkriterium ein?

. Wenn nein, aus welchen Gründen nicht?

7. Wie bewerten Sie die Aussage des Präsidenten des EWI, Lamfalussy, der bezweifelt, daß der Euro positive Auswirkungen auf die Beschäftigung haben wird?

8. Treten Sie dafür ein, daß alle EU-Mitgliedsstaaten von Beginn an an der 3. Stufe der WWU teilnehmen?

. Wenn ja, welche Auswirkungen hätte dies auf die Stabilität des österreichischen Schillings?

. Wenn nein, welche EU-Mitgliedsstaaten sollten Ihrer Ansicht nach unbedingt eine gemeinsame europäische Währung einführen?

9. Sind Sie ebenfalls, wie der frühere Wirtschaftsminister, Dr. Ditz, der Auffassung, daß verschiedene Eintrittstermine der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten zu starken Wettbewerbsverzerrungen führen würden?

. Wenn nein, warum nicht?

10. Können Sie in diesem Fall ausschließen, daß die traditionellen Hartwährungsländer zusätzliche Transferzahlungen an die schwächeren Mitgliedsstaaten leisten müssen?

. Wenn ja, warum?

11. Was ist Ihrer Meinung nach die Folge, wenn man Länder von unterschiedlicher Wirtschaftskraft und Wettbewerbsfähigkeit in einer Währungsunion vereinigt?

12. Welche Verluste würden in welcher Höhe für die österreichische Volkswirtschaft entstehen, wenn Italien - der zweitwichtigste Handelspartner Österreichs - nicht, Österreich hingegen von Beginn an an der 3. Stufe der WWU teilnimmt?

13. Gibt es seitens Ihres Ressorts über die Vor- und Nachteile einer einheitlichen Währung für Österreich Berechnungen oder Studien?

. Wenn nein, warum nicht?

. Wenn Ja, welche und was besagen diese konkret für die verschiedenen Volkswirtschaftssubjekte, und wann werden Sie diese dem österreichischen Parlament zur Verfügung stellen?

14. Treten Sie vor Einführung des Euro in Österreich für eine österreichische Volksabstimmung ein?

- . Wenn nein, warum nicht?
- . Wenn ja, zu welchem Zeitpunkt sollte diese erfolgen?

15. Sie treten in der Übergangszeit vom 1.1.2002 bis zum 30.6.2002 für eine doppelte Preisauszeichnung ein. Auf welche Höhe werden sich die Kosten dieser doppelten Preisauszeichnung belaufen, und wer soll für die anfallenden Kosten aufkommen?

16. Welche Schwierigkeiten erwarten Sie für die Unternehmen, insbesondere im Zeitraum 1999 bis 2002, in der es bei unbaren Transaktionen eine Parallelführung von nationaler Währung und dem Euro geben wird?

17. Wie hoch schätzen Sie die Kosten, die durch die Einführung des Euro den Unternehmen im Bereich EDV (Software im Bereich des betrieblichen Rechnungswesens etc.) Mitarbeiter(um)schulungen, Marketing etc. erwachsen werden?

18. Ministerpräsident Schröder vertritt die Ansicht, daß man eine offene Diskussion über Bedingungen und Risiken der EWU nicht dadurch unterbinden dürfe, daß man Jeden Zweifler unter dem Vorwurf, der europäischen Idee zu schaden, diskreditiert. Teilen Sie diese Auffassung?

- . Wenn ja, warum?
- . Wenn nein, warum nicht?

19. Aus welchen Gründen erachten Sie es für notwendig „gegen die emotionellen Widerstände der Bevölkerung eine Kampagne zu fahren“?

20. CA-Generaldirektor Dr. Schmidt-Chiari meinte in der ZiB 2 am 12.12.1996, daß im Zuge eines „Euro-fit“-Programms der CA 1000 Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz verlieren werden. Welche weiteren Arbeitsplatzverluste sind durch sog. „Euro-fit“-Programme im Zusammenhang mit der Einführung des Euro in Österreich in welcher Höhe und in welchen Branchen bzw. Institutionen zu erwarten?

21. Welche Maßnahmen beabsichtigen Sie zu setzen, um die österreichische Bankenwirtschaft „Euro-fit“ zu machen?

In formeller Hinsicht wird verlangt, diese Anfrage vor Eingang in die Tagesordnung zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu behandeln.